

Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP

Menschen entlasten - Zeitumstellung auf europäischer Ebene abschaffen

Durch das Zeitgesetz vom 25. Juli 1978 wurde im Jahr 1980 die mitteleuropäische Sommerzeit in Deutschland eingeführt. Zur schrittweisen Angleichung der unterschiedlichen Sommerzeitregelungen in der Europäischen Union wurde in der Folge mit verschiedenen Richtlinien des Europäischen Parlaments und des Rates der Europäischen Union ein gemeinschaftlicher Rechtsrahmen geschaffen. Nach 2002 wurde die Sommerzeit auf unbestimmte Zeit eingeführt und die Termine für Beginn und Ende der Sommerzeit in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union einheitlich jeweils auf den letzten Sonntag im März und den letzten Sonntag im Oktober festgelegt.

Ursprünglich berechnete Hoffnungen, dass durch die Einführung der Sommerzeit positive ökonomische oder ökologische Effekte erzielt werden können, haben sich leider nicht erfüllt. Im Gegenteil: Die Zeitumstellung belastet jährlich viele Menschen in Deutschland und Europa und führt zu Störungen des Biorhythmus, zu Symptomen wie Schlafstörungen, Konzentrationsstörungen oder Schwankungen der Herzfrequenz. Sie stellt damit ohne jeden erkennbar positiven Effekt ein bedeutendes Ärgernis der Bürgerinnen und Bürger Europas dar. Dieses Ärgernis kann durch eine Änderung auf europäischer Ebene beseitigt werden.

Die einseitige Abschaffung der Zeitumstellung durch die Bundesrepublik Deutschland ist dabei keine Option. Neben den rechtlichen Schwierigkeiten ist dies auch nicht mit dem Ziel vereinbar, in der Europäischen Union möglichst keine Hindernisse für den freien Verkehr von Personen, Dienstleistungen und Waren aufzubauen. Deshalb ist eine möglichst EU-weite ganzjährig geltende Zeitregelung für alle Mitgliedstaaten einzuführen. Das europäische Parlament hat bereits einen ersten Schritt getan und in seinem Beschluss am 8. Februar die Europäische Kommission aufgefordert die derzeitige Zeitregelung zu überprüfen und gegebenenfalls in Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten zu treten. Getragen wurde der Beschluss von einer breiten Mehrheit aus Konservativen, Sozialisten/Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen. Die Abgeordneten haben sich damit klar gegen die Zeitumstellung ausgesprochen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich im Einklang mit dem Beschluss des europäischen Parlamentes für die Abschaffung der Zeitumstellung und die Einführung einer möglichst viele EU-Staaten umfassenden, einheitlichen und ganzjährig geltenden Zeitregelung aus und sieht die

Bundesregierung in der Pflicht, sich für dieses Anliegen auf europäischer Ebene einzusetzen.
Ein nationaler Alleingang ist auszuschließen.

Prof. Dr. Hauke Hiltz, Lencke Steiner und die Fraktion der FDP